

Gewerbemieten im Kiez

Handwerk und Handel auf der Roten Liste

Kein Gemüsehändler mehr um die Ecke, aber drei Euro für die Tasse Kaffee bezahlen: Verdrängung betrifft nicht nur das Wohnen, sondern auch Einzelhandel und Handwerk, Jugendzentren oder Kitas. Das geltende Gewerbemietrecht bietet noch weniger Schutz als das Wohnungsmietrecht.

> Canan Bayram

Mit welchen Problemen haben die gewerblichen MieterInnen zu kämpfen? Wie könnte eine andere Gesetzeslage aussehen? Das fragte die Grüne Bundestagsfraktion Anfang April in einem öffentlichen Fachgespräch Betroffene. Knapp hundert Menschen waren gekommen, um Antwort zu geben.

So beklagte die Kreuzberger Nachbarschaftsinitiative Bizim Kiez, dass immer mehr Unternehmen der Digital-Industrie in die Stadtteile drängen und keinerlei Beziehung zur Nachbarschaft als Kundenschaft aufbauen. In der Kreuzberger Oranienstraße gibt es die Oranostra. Dieser Verbund von Kleingewerbetreibenden und MieterInnen berichtete, dass in den letzten Jahren fast alle Handwerksbetriebe aus den Hinterhöfen verdrängt wurden.

Nicht nur ein Problem in den Berliner Bezirken

Diese Probleme gibt es nicht nur in Berlin. So war aus dem Münchner Bezirk Schwanthalerhöhe zu hören, dass sozialen Projekten zum Teil ohne Angabe von Gründen gekündigt wird und sie innerhalb von nur sechs Monaten ihre angestammten Räume verlassen müssen. Es sind eben keine vereinzelt Geschichten aus angesagten Metropolen, betont der Zentralverband des Deutschen Handwerks: Sowohl in den Städten als auch in den Dörfern werde das Handwerk zunehmend verdrängt.



Bei steigenden Gewerbemieten wird's eng für Handwerksbetriebe

Foto: Pixabay

Von Mietrecht bis Bauordnung

Die Suche nach Lösungen drehte sich im Wesentlichen um das Mietrecht, denn ein Gewerbe-Mietrecht im eigentlichen Sinne gibt es gar nicht, hier herrscht freies Vertragsrecht. Beispielsweise soll es nicht mehr möglich sein, Gewerbemietverträge alle sechs Monate zu kündigen oder die Miete fast unbegrenzt zu erhöhen. Neben Kündigungsschutz oder Mietobergrenzen könnte es auch einen eigenen Rechtsbereich im Gewerbemietrecht für Soziale Träger geben: für Kitas, Betreutes Wohnen oder Nachbarschaftstreffpunkte. Oder einen verbindlichen und qualifizierten Gewerbe-Mietspiegel.

Auch an Instrumente der Wirtschaftsförderung und vor allem des Städtebaurechts wurde gedacht. So könnte im Rahmen der Flächenplanung ein bestimmter Prozentsatz der Gewerbeflächen für Soziale Träger und für die Nahversorgung reserviert werden. Bis zum Herbst möchte die grüne Bundestagsfraktion einen konkreten Gesetzentwurf entwickeln und in einem weiteren Fachgespräch vorstellen und diskutieren.

> Canan Bayram ist die direkt gewählte grüne Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg und Prenzlauer Berg (Ost). bayram-gruene.de